

JORGE LEÓN TRUJILLO

WAHLEN IN ECUADOR: PERSPEKTIVEN DES CORREA- SYSTEMS

Eigentlich ist die ecuadorianische Gesellschaft eine politische Gesellschaft par excellence. Schon immer hat die Politik die Gemüter zu erregen vermocht, politische Fragen und Themen werden in der Bevölkerung leidenschaftlich debattiert. Deshalb entspricht der aktuelle Wahlkampf so gar nicht dem gewohnten, politischen Leben im Land: Er ist von Desinteresse und Entpolitisierung geprägt.

Fast zehn Millionen Ecuadorianerinnen und Ecuadorianer sind am 17. Februar 2013 dazu aufgefordert, einen Präsidenten sowie die Abgeordneten des Parlaments zu wählen. Drei Wochen vor dem Wahltag sollen aber erst 59 Prozent der Wählerinnen und Wähler wissen, wem sie ihre Stimme geben wollen.

Rafael Correa, derzeitiger Amtsinhaber, stellt sich zur Wiederwahl. Gegen ihn treten sieben Kandidaten verschiedenster politischer Couleur an. Laut Umfragen hat Correa beste Chancen, die Wahl schon im ersten Wahlgang für sich zu entscheiden, gerechnet wird mit einem Vorsprung von etwa 20 Prozent gegenüber seinen Mitbewerbern. Diese Voraussagen erklären zumindest teilweise die Gleichgültigkeit der Bevölkerung angesichts des Wahlkampfes. Ein weiterer Grund liegt aber auch im derzeit herrschenden politischen System: Der Staat gibt sich als Hüter der Volksinteressen, Bürgerinnen und Bürger erwarten Lösungen von oben, von einem Staat, der sich zwar großzügig zeigt, die Bevölkerung damit aber zu Gleichgültigkeit gegenüber dem Gemeinwesen verleitet und die allgemeine Entpolitisierung der Gesellschaft fördert.

Correas Regierung präsentiert sich selbst als links und so wird sie international auch wahrgenommen. Sie beruft sich gern auf die Helden der Unabhängigkeitskriege gegen Spanien und versteht sich als treibende Kraft der sozialen Kämpfe. Correa propagiert einen eigenen und gleichzeitig einen panlateinamerikanischen Nationalismus, setzt sich für die Neuverteilung des Reichtums ein und – als Gegengewicht zu neoliberalen Strömungen – für einen starken, interventionistischen Staat. Was er jedoch im Konkreten anstrebt, ist schwer zu sagen. Correa stammt ursprünglich aus einem militant katholischen Milieu und folgte lange der kirchlichen Sozialdoktrin. Erst kurz vor seiner Präsidentschaftskandidatur im Jahre 2006 näherte er sich linksgerichteten und mit diesen sympathisierenden Organisationen an und gewann deren Unterstützung für den Wahlkampf. Correa übernahm ihre Programme, die militante Linke wurde zu seiner wichtigsten unterstützenden Kraft. Jetzt, nach sechs Jahren an der Regierung, hat sich Correa von vielen seiner Verbündeten der ersten Stunde getrennt, auch sein politisches Auftreten hat sich stark verändert.

Sein engster Kreis ist nicht mehr eigentlich links, sondern setzt sich aus VertreterInnen unterschiedlicher politischer

Herkunft zusammen. Dort gibt es sowohl AnhängerInnen der Christsozialen als auch diverser populistischer Parteien. Dieselbe Entwicklung lässt sich in seiner Organisation – der «Alianza País» – auch auf lokaler Ebene beobachten. In der Vergangenheit war das politische System Ecuadors regional sehr zersplittert, heute ist Correas «Alianza País» in allen Landesteilen präsent. Dabei handelt es sich weniger um eine politische Partei als vielmehr um eine Wahlunterstützungsorganisation, die keiner klar benennbaren Ideologie anhängt und auch kein eindeutig bestimmtes Programm verfolgt.

Das Auffälligste an Correas Regierung ist, wie das politische System ihn zu einem «Leader» – so nennen ihn seine AnhängerInnen – oder – so die PolitikexpertInnen – einem «Caudillo» aufgebaut hat, der über allem und allen steht. Dies geht soweit, dass Lokalfunktionäre erst eine Äußerung des Präsidenten abwarten, bevor sie in einer Angelegenheit Stellung nehmen.

CORREA AUF ALLEN KANÄLEN

Correas Kommunikation mit der Bevölkerung ist geprägt von seinem großen Charisma. Diese Ausstrahlung und die Polarisierung, die er von Beginn seiner Amtszeit an geschürt

hat, indem er verschiedene soziale Gruppen zu Feinden stempelte und sie für bestimmte Probleme oder soziale Übel verantwortlich machte (Reiche, oppositionelle Bürgermeister, GewerkschafterInnen, indigene AnführerInnen und insbesondere die Presse), erlauben es ihm, täglich in den Medien präsent zu sein. Jeden Samstag informieren Präsident und Kabinett aus den unterschiedlichsten Ecken des Landes über ihre Aktivitäten in der vergangenen Woche. Correa äußert sich dabei zu allen möglichen Vorkommnissen und hält so permanenten und direkten Kontakt zur Bevölkerung. Vier Fernsehsender, ein großes Netz von Radiostationen und zwei Zeitungen sind in staatlicher Hand – Correa ist immer und überall präsent. So hat er sich eine in Ecuador noch nie dagewesene, konstante Unterstützung von mehr als 50 Prozent der Bevölkerung gesichert. Ebendiese große Akzeptanz hat ihm auch Legitimität verliehen. Correa kann sich sogar nicht ganz legale Schachzüge erlauben, die er dann einfach mit der von ihm vorangetriebenen «Bürgerrevolution» rechtfertigt.¹ Da er zu Beginn seiner Amtszeit seine Wahlversprechen einlöste, bringt ihm die Bevölkerung großes Vertrauen entgegen, das er mit entsprechenden neuen Aktionen immer weiter nährt. Über mehrere Volksabstimmungen, diverse Gesetze und eine neue Verfassung hat Correas Exekutive außergewöhnliche Vollmachten erlangt, und es kommt öfter als nur ausnahmsweise vor – obwohl gesetzlich nicht erlaubt –, dass sie sich in die anderen Staatsgewalten einmischt. So beispielsweise, wenn einzelne Minister oder Präsident Correa selbst im Fernsehen öffentlich zu einem laufenden Gerichtsverfahren Stellung beziehen.

Mit der neuen Verfassung wurde eine zusätzliche Staatsgewalt geschaffen – sie heißt Partizipation und soziale Kontrolle. Mit ihr sollte der Idee einer aktiven «Bürgerschaft» Rechnung getragen und ein Gegengewicht zu den anderen Staatsgewalten hergestellt werden. Sie ist unter anderem zuständig für die Personalauswahl in den Kontrollinstanzen über den Staat. Aber diese fünfte Gewalt hat sich nun eher als verlängerter Arm der Exekutive entpuppt, wodurch die Regierung in allen anderen Gewalten, insbesondere im Justizapparat, ihre Gefolgsleute platzieren konnte. Die Machtkonzentration in der Exekutive ist also sehr stark und wird ergänzt durch die Kontrolle, die die Regierung auch über die zivilgesellschaftlichen Institutionen ausübt: Sie kooperiert Vertreterinnen und Vertreter von Organisationen (indigene Verbände, Gewerkschaften etc.) in öffentliche Ämter, versucht, sie durch die Gründung von Parallelstrukturen zu spalten und verhängt Gefängnisstrafen gegen Verantwortliche von Protestaktionen, die von der Regierung als Terrorakte gewertet werden.²

Laut Regierung sind die Machtkonzentration, die Kontrolle über die Organisationen und nicht selten auch der Druck auf Oppositionelle nötig, um den sozialen Wandel voranzutreiben. Dieser Wandel bedeutet vor allem, die öffentliche Infrastruktur zu modernisieren (Straßen, Hafenanlagen, Flughäfen etc.), den infolge der neoliberalen Politik geschwächten Staat zu stärken, Staatsbetriebe in der Wirtschaft zu stärken – insbesondere im Bereich natürliche Ressourcen –, den privaten Produktionssektor zu regulieren und zu formalisieren – speziell das Finanzwesen – und eine vielfältige Politik der Reichtumsumverteilung. Hier wiederum geht es vor allem um mehr Subventionen für die ärmsten Bevölkerungsgruppen («Bonus für menschliche Entwicklung») sowie die Erweiterung der öffentlichen Dienstleistungen – in erster Linie im Gesundheitssektor –, die für die große Mehrheit erschwinglich sein sollen

(Subventionen für Familien mit chronisch behinderten Familienmitgliedern, Zugang zu verschiedenen Dienstleistungen für Menschen mit Behinderung etc.). Auch im Erziehungs- und Bildungswesen sind die öffentlichen Dienstleistungen verbessert worden, mit kostenloser Schulbildung und Universitätsstipendien für einkommensschwache Studierende. Hinzu kommen Kreditprogramme für den Eigenheimbau und teilweise auch für kleine und mittlere Unternehmen. Insgesamt haben diese Maßnahmen zu einer Reduzierung der Armutsrate um zehn Prozent beigetragen.

All diese Modernisierungsprozesse kosten enorm viel Geld. Sie konnten bisher dank steigender Staatseinnahmen – vor allem aufgrund der hohen Erdölpreise – finanziert werden. In sechs Jahren hat sich der ecuadorianische Staatshaushalt denn auch von 6 Millionen auf 24 Millionen US-Dollar vervierfacht.

STABILITÄT UND ORDNUNG

Zusammengefasst kann gesagt werden, dass Correa dem Land eine Phase der Modernisierung, der Reichtumsumverteilung, der sozialen Befriedung, der Ordnung und der Machtkonzentration auf seine Person gebracht hat. Vor allem Stabilität und Ordnung waren der Bevölkerung nach langen Jahren der politischen Krise, Instabilität und Unzufriedenheit vor Correas Machtantritt ein großes Bedürfnis. In diesem Sinne entspricht das Handeln Correas den Forderungen und Bedürfnissen der Bevölkerung.

Produktive Alternativen hingegen hat die Regierung Correa bisher nicht geschaffen, und ihre derzeitigen Politiken können auch nicht als nachhaltig bezeichnet werden. Genau wie in Bolivien und Venezuela ist die vermehrte Intervention des Staates im Sozialbereich auch in Ecuador nur dank der derzeit hohen Rohstoffpreise möglich. Auch die Beziehungen zwischen Staat und Gesellschaft haben sich nicht verändert. Im Gegenteil, einmal mehr begegnen wir einer «Caudillo-Dynamik», bei der sich die politische Macht auf den Anführer konzentriert, der die Gesellschaft beherrschen möchte und kleine Teile seiner Macht an enge Gefolgsleute abgibt – diese wiederum reproduzieren in ihrem Kontext das gleiche Verhaltensmuster. Willkür und Korruption sind deshalb keine Seltenheit.

¹ Z. B. macht Correa, wenn der Gesetzgeber seinen Vorschlägen nicht folgt, immer wieder von seinem Vetorecht Gebrauch, aber nicht nur, um die Gesetzesvorlage abzulehnen – darauf ist das Vetorecht eigentlich beschränkt –, sondern um den Gesetzestext nach seinem Gutdünken zu verändern und im Entwurf nicht vorgesehene Aspekte zu ergänzen. Die Ratifizierung des Vetos bedarf drei Viertel der Parlamentsstimmen. Da Correas «Alianza País» über fast die Hälfte der Sitze verfügt, kommen seine Vorlagen praktisch automatisch durch. Siehe einen konkreten Fall unter: http://www.elcomercio.com/politica/Veto-presidencial-limitara-prensa-elecciones_0_622137970.html. ² Es wird ein recht schwammig definierter Terrorismusparagraf zugrunde gelegt, der aus der Zeit der Militärdiktatur in den 1970er Jahren stammt. Siehe z. B. den Bericht von Amnesty International zu Ecuador: <https://doc.es.amnesty.org/cgi-bin/ai/BRSCG/amr280022012es?CMD=VEROBJMLKOB=31762200202>. Ein weiteres Beispiel ist der «Marsch für Wasser und Leben» aus dem Amazonasgebiet nach Quito, den zahlreiche Indigenen-, Frauen-, Gewerkschafts- und Studentenorganisationen im März 2012 organisiert hatten. Es ging ihnen dabei u. a. darum, gegen die Bergbaupolitik der Regierung zu protestieren. Die Regierung hat auf verschiedenen Wegen versucht, den Protestmarsch zu unterbinden und zu verhindern, dass die Marschierenden Quito tatsächlich erreichen, u. a. durch die konstante öffentliche Disqualifizierung als «Putschisten». Wenige Tage vor der Ankunft des Protestmarsches in Quito wurden dort zehn junge Leute – «die zehn von Luluncoto» – verhaftet und des Terrorismus angeklagt. Der Prozess gegen die sieben Männer und drei Frauen ist zurzeit im Gang, unter Ausschluss der Öffentlichkeit. Ihnen wird vorgeworfen, sogenannte Flugblattbomben anlässlich eines Besuchs des kolumbianischen Präsidenten Santos gezündet zu haben, woraus die Absicht eines Attentats auf die Sicherheit des Staates abgeleitet wird. Die Angeklagten bestreiten das und sagen, Zweck ihres Zusammentreffens sei eine Diskussion über Demokratie und das gute Leben – «Buen Vivir» – gewesen. Laut Rechtsexperten bestehen keinerlei erwiesenen oder gar rechtsrelevanten Zusammenhänge zwischen der Gruppe der Verhafteten und der Gruppe, die angeblich die Flugblätter explodieren ließ, vielmehr basiert die Anklage ausschließlich auf der Aussage von PolizistInnen (Anm. d. Hrsg.). Siehe <http://lalineadefuego.info/2013/01/29/los-diez-de-luluncoto-terroristas-por-ramiro-avila-santamaria/>; <http://www.inredh.org/>.

CORREA KANN DIE BEDINGUNGEN DIKTIEREN

In Anbetracht der Beliebtheit des Präsidenten geht es bei der anstehenden Wahl nicht so sehr darum, ob er weiterregiert, sondern unter welchen Bedingungen. Falls Correa mit großer Mehrheit gewinnt, wird die Opposition weiter an Kraft verlieren. Sollte sich für den Präsidenten sogar eine Mehrheit im Parlament ergeben, braucht Rafael Correa seine Verbündeten und seine linksgerichteten Gefolgsleute nicht mehr und kann ganz nach eigenem Wunsch und Belieben regieren. Bei alledem darf nicht vergessen werden, dass Correa kein eigentliches Regierungsprogramm hat. Seine engsten MitarbeiterInnen – angefangen bei seinem Kandidaten für das Vizepräsidentenamt, Jorge Glass – sind in erster Linie Leute seines absoluten Vertrauens – eine linke politische Haltung scheint dabei weniger wichtig zu sein. Im Gegenteil, oft vertreten sie ganz andere Positionen. Jorge Glass war für die viel kritisierten Verträge mit China verantwortlich, die allesamt wenig transparent sind und Ecuador in eine dem asiatischen Giganten untergeordnete Position bringen.

Die Kandidaten für die Legislative hat Correa ebenfalls streng nach Loyalitätskriterien ausgewählt. Unter ihnen finden sich auch Leute mit wenig oder gar keiner politischen Erfahrung, wie zum Beispiel mehrere Fußballer. Diese werden Correa zwar Stimmen einbringen, zu einem autonomen politischen Handeln sind sie jedoch kaum in der Lage. Schon mehr als einmal hat Correa infolge dieser Auswahlpolitik einen seiner Gefolgsleute angesichts von Skandalen in Schutz nehmen müssen. So geschehen vor Kurzem im Fall seines Cousins Pedro Delgado. Delgado hat mehrere hohe öffentliche Ämter im Wirtschaftssektor bekleidet, unter anderem als Vorsitzender der Zentralbank.

Er wird beschuldigt, im Rahmen dieser Tätigkeit einem nicht in Ecuador ansässigen argentinischen Unternehmer (Gastón Duzac) in nur wenigen Tagen ein Darlehen über 800.000 US-Dollar gewährt zu haben, obwohl dieser die Voraussetzungen für eine Kreditvergabe nicht erfüllte und auch die nötigen Garantien nicht beibrachte. Ein klarer Fall von Korruption. Man fand außerdem heraus, dass Delgado den Universitätstitel, mit dem er sich schmückte, nie erworben hat. In beiden Fällen stellte sich Correa schützend vor seinen Cousin. Doch kurz nach einer öffentlichen Ehrung, in der der Präsident seine Qualitäten und seinen Einsatz im Dienste der «Bürgerrevolution» rühmte, gestand Delgado seinen «Fehler» öffentlich ein und verließ das Land unbehelligt in Richtung Miami. Die Regierung forderte ihn daraufhin auf, nach Ecuador zurückzukehren und macht ihn nun zum Sündenbock, um ihre Prinzipientreue unter Beweis zu stellen. Die Staatsanwaltschaft, die sich schon Monate vorher mit diesem Fall hätte beschäftigen müssen – denn schon seit Langem liegt mehr als nur eine Anzeige gegen Delgado vor – beginnt erst jetzt zu ermitteln, obwohl der Beschuldigte längst außer Landes ist.

CAUDILLISMUS VERSUS PARTIZIPATIVE DEMOKRATIE

Ein Sieg Correas im ersten Wahlgang und die umfassende Kontrolle über die Legislative wären laut Regierung gleichbedeutend mit der Vertiefung der «Bürgerrevolution». Die im Rahmen des aktuellen Wahlkampfes am heftigsten diskutierte Frage ist allerdings, ob für das, was wir weiter oben als «sozialen Wandel» und «Modernisierung» identifiziert haben, diese Machtkonzentration auf die Person des Präsidenten

notwendig ist. Am Anfang hatte man von Correa erwartet, er würde durch mehr Bürgerbeteiligung die Demokratie auf allen Ebenen des Staatsapparats vertiefen und erweitern, und man dachte, mit dieser Teilhabe der Bürgerinnen und Bürger könnte ein gewisses Gegengewicht zu den offiziellen Staatsgewalten geschaffen werden. Aber die Machtkonzentration und das technokratische Denken – demzufolge allein die Regierung weiß, was sie tut, während sich alle anderen irren – haben das Gegenteil bewirkt: Caudillismus führt zu Desinstitutionalisierung und zu weniger Zivilgesellschaft.

Trotz allem stehen weite Teile der einfachen Bevölkerungsschichten und auch der Medien einer weiteren Amtszeit Rafael Correas positiv gegenüber und messen weder den eben genannten Auswirkungen seiner Regierungsführung noch seinem Stil, der auch von Beleidigungen und abwertenden Bemerkungen über seine Gegner geprägt ist, keine allzu große Bedeutung bei.

EXTRAKTIVISTISCHES MODELL WIRD GESTÄRKT

Was man zu Beginn seiner ersten Amtszeit ebenfalls erwartet hatte, war – denn so stand es in seinem Regierungsplan –, dass Correa ein anderes, neues Produktionsmodell fördern und das Land aus seiner Rohstoffabhängigkeit herausführen würde. Doch dies ist nicht eingetreten. Der «Extraktivismus» hat sich sogar noch weiter verstärkt und ist eines der wichtigsten Themen der nicht regierungstreuen Linken, die sich in der «Unidad Plurinacional» (Plurinationale Einheit) zusammengeschlossen hat. Zahlreiche ihrer Mitglieder sind ehemalige AnhängerInnen Correas. Obwohl die Ölreserven Ecuadors nur noch für etwa zehn Jahre reichen, ist es für Correa undenkbar, nicht den Bergbau weiter auszubauen oder sich von der Erdölförderung abzuwenden, denn mit den Einnahmen aus dem Rohstoffgeschäft finanziert das Land die Verbesserungen im Gesundheits- und Bildungswesen. Die «Unidad Plurinacional» und deren Präsidentschaftskandidat Alberto Acosta stellen sich gegen das extraktivistische Wirtschaftsmodell, nicht nur aus Gründen des Umweltschutzes, sondern auch, weil es schlicht nicht zukunftsfähig sei. Die Natur – gerade auch in der Amazonasregion – bietet andere Möglichkeiten nachhaltiger Beziehungen zwischen Mensch und Natur. Für die «Unidad Plurinacional» geht es deshalb darum, ein anderes, neues Wirtschaftsmodell zu finden, oder – um es mit den Worten der Links- und Umweltorganisationen auszudrücken – ein System des «guten Lebens», des «Buen Vivir» zu entwickeln, in dem positive Beziehungen zwischen Mensch und Natur möglich sind und es keine Konzentration des Kapitals mehr gibt, wie sie heute gegeben ist.

SCHWACHE OPPOSITION UND PARTEIEN

Dass das System Correa derart wachsen konnte, hat es auch der Schwäche der Opposition und dem Glaubwürdigkeitsverlust der politischen Parteien zu verdanken. Die meisten hatten früher neoliberale Tendenzen und die Interessenabstimmung zwischen Wirtschaft und Politik befürwortet. Correas wichtigste Mitbewerber in dieser Wahl sind der mitte-rechts Kandidat und ehemalige Staatschef Lucio Gutiérrez, außerdem Guillermo Lasso – Bankier, Gründer der neuen Rechtspartei CREO und der Kandidat, der hinter Correa wahrscheinlich die meisten Stimmen erobern wird – und der Unternehmer Alvaro Noboa, der schon zum fünften Mal ver-

sucht, Staatspräsident zu werden, dessen Popularität laut Umfragen jedoch derzeit einen Tiefpunkt erreicht hat. Ein weiterer Kandidat ist Alberto Acosta von der linken «Unidad Plurinacional», der aktuell bei den Umfragen bei sieben bis acht Prozent liegt. Die Chancen der restlichen Kandidaten sind minimal. Insgesamt stellen sich sieben Parteien und fünf nationale politische Bewegungen zur Wahl; vier davon sind neu gegründete Organisationen, die anderen befinden sich angesichts der Übermacht von «Alianza País» in einem Reorganisationsprozess.

Alles deutet auf einen deutlichen Sieg von Rafael Correa hin. Eine ganze Reihe unbekannter Politiker gegen einen Correa, den jedes Kind kennt, der omnipräsent ist in allen Medien. Erschwerend kommt hinzu, dass die Anzahl der Wahldistrikte reduziert und mit «D'Hondt» ein neues Stimmenauszählsystem eingeführt worden ist. Beides stärkt die Mehrheitspartei und benachteiligt die Minderheiten, was zu einem radikalen Wandel in der Parteienlandschaft im Parlament führen wird: Wären die Stimmen schon bei der letzten Wahl mit «D'Hondt» ausgezählt worden, hätte Correas «Alianza País» nicht 52 Parlamentssitze inne – also etwas mehr als die Hälfte –, sondern fast zwei Drittel.

DIE SITUATION DER ECUADORIANISCHEN LINKEN

Im Jahr 2006 haben alle Linksorganisationen die Kandidatur Correas unterstützt und waren in seiner ersten Amtszeit zunächst seine Verbündeten. Nach und nach sind aber viele auf Distanz zu Correa gegangen und haben sich nun zur «Unidad Plurinacional» zusammengeschlossen. Ziel der «Unidad Plurinacional» ist es, eine neue linke Identität zu finden und die erlahmten sozialen Bewegungen und Organisationen zu neuem Leben zu erwecken. Das Bündnis «Unidad Plurinacional» umfasst die MPD («Movimiento Popular Democrático» – demokratische Volksbewegung), die den indigenen Organisationen nahestehende «Plurinationale Einheitsbewegung Pachakutik» («Movimiento de Unidad Plurinacional Pachakutik») und die «Montecristi-Bewegung». Diese kämpft zusammen mit Präsidentschaftskandidat Alberto Acosta vor allem für die Achtung der von den sozialen Organisationen erarbeiteten und in die neue Verfassung eingeflossenen Grundsätze und Vorschläge, die Correa nun nicht respektiere. Darüber hinaus sind der «Unidad Plurinacional» auch linksgerichtete Einzelpersonen angeschlossen, die keiner politischen Organisation angehören. Die Herausforderung des Bündnisses besteht darin, Gedankengut, Programm, Organisations- und Machtpaxis der Linken zu erneuern. Mit seinem Widerstand gegen das extraktivistische Wirtschaftsmodell unterscheidet es sich klar von der Linken Correas, auch mit dem Konzept des «Buen Vivir» hebt es sich von ihr ab – auch wenn dieses noch lange nicht ausgereift ist und weiterer Präzisierung bedarf.³

NEUE PARTEIEN UND ORGANISATIONEN

Zwei der neuen Organisationen (CREO und SUMA) nehmen für sich die Bezeichnung «rechts» in Anspruch und setzen sich für eine neue Rechte ein, wobei SUMA sich vor allem mit der Jugend identifiziert. Wichtig zu erwähnen ist in diesem Zusammenhang, dass sie im Spannungsfeld Staat-Markt nicht mehr auf Polarisierung setzen, sondern die Bedeutung der regulierenden Rolle des Staates anerkennen. Die regierungsfreundlichen Strömungen AVANZA und RUPTURA rechnen sich der Sozialdemokratie zu. Auch hier

wendet sich eine – RUPTURA – vor allem an die Jugend und strebt eine Erneuerung der sozialdemokratischen Bewegung an. Alle diese neuen Parteien haben derzeit kaum politisches Gewicht. Dies könnte sich in nicht allzu ferner Zukunft aber durchaus ändern.

DIE ZUKUNFT: VIEL MACHT FÜR CORREA UND VERMEHRTE KONFLIKTE

Die Chancen dafür, dass Rafael Correa schon bald noch mehr Macht hat als bisher und sein personalistisches Projekt weiter konsolidieren kann, stehen also alles andere als schlecht. Er hat bereits angekündigt, sofort nach der Wahl in den industriellen Metalltagebau einzusteigen – bis vor Kurzem noch ein Tabu in Ecuador. Soziale und Umweltkonflikte werden nicht zu verhindern sein, vor allem in der Amazonasregion. Stärkere Machtkonzentration und vermehrte Konflikte sind vorprogrammiert. Der Einsatz von üppigen finanziellen Ressourcen hat bisher geholfen, Konflikte abzuschwächen. Aber dadurch sind die Staatsausgaben genauso üppig geworden, sodass die Verschuldung entsprechend gestiegen ist.

Jorge León Trujillo, ecuadorianischer Politikwissenschaftler und Soziologe; arbeitet über soziale Veränderungen in den Andenländern mit den Schwerpunkten Soziale Bewegungen, sozialer Wandel und politisches System.

Übersetzung: Cordi Thöny

³ Siehe auch: Gudynas, Eduardo: Buen Vivir. Das gute Leben jenseits von Entwicklung und Wachstum, herausgegeben von der Rosa-Luxemburg-Stiftung, Reihe Analysen, Berlin 2012.

Unter folgendem Link können Sie kostenlos unseren **Lateinamerika-Newsletter** abonnieren:
<http://is.gd/m6YL6N>.

IMPRESSUM

STANDPUNKTE international wird herausgegeben von der Rosa-Luxemburg-Stiftung und erscheint unregelmäßig
V. i. S. d. P.: Stefan Thimmel
Franz-Mehring-Platz 1 · 10243 Berlin · www.rosalux.de
ISSN 1867-3163 (Print), ISSN 1867-3171 (Internet)
Redaktionsschluss: Februar 2013
Lektorat: TEXT-ARBEIT, Berlin
Satz/Herstellung: MediaService GmbH Druck und Kommunikation
Gedruckt auf Circleoffset Premium White, 100% Recycling